



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 29. Juni 2012 (02.07)
(OR. en)**

11873/12

FIN 475

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender: Herr Janusz LEWANDOWSKI, Mitglied der Europäischen Kommission
Eingangsdatum: 27. Juni 2012
Empfänger: Herr Bjarne CORYDON, Präsident des Rates der Europäischen Union

Betr.: Mittelübertragung Nr. DEC21/2012 innerhalb des Einzelplans III - Kommission -
des Gesamthaushaltsplans für 2012

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Kommissionsdokument DEC21/2012.

Anl.: DEC21/2012



EUROPÄISCHE KOMMISSION

BRÜSSEL, DEN 25/06/2012

GESAMTHAUSHALTSPLAN – HAUSHALTSJAHR 2012
EINZELPLAN III – KOMMISSION TITEL 01, 15, 23, 40

MITTELÜBERTRAGUNG Nr. DEC 21/2012

EUR

HERKUNFT DER MITTEL

KAPITEL 01 03 – Internationale Wirtschafts- und Finanzfragen

ARTIKEL 01 03 02 – Makroökonomische Unterstützung

Verpflichtungen	- 57 000 000
Zahlungen	- 29 700 000

KAPITEL 15 02 – Lebenslanges Lernen und Mehrsprachigkeit

ARTIKEL 15 02 03 – Zusammenarbeit mit Drittländern auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung

Verpflichtungen	- 3 976 000
-----------------	-------------

KAPITEL 40 02 – Reserve für Finanzinterventionen

ARTIKEL 40 02 42 – Soforthilfereserve

Verpflichtungen	- 19 024 000
Zahlungen	- 10 300 000

BESTIMMUNG DER MITTEL

KAPITEL 23 02 – Humanitäre Hilfe, einschließlich Hilfe für entwurzelte Bevölkerungsgruppen, Nahrungsmittelhilfe und Katastrophenvorsorge

ARTIKEL 23 02 01 – Humanitäre Hilfe

Verpflichtungen	70 000 000
Zahlungen	35 000 000

ARTIKEL 23 02 02 – Nahrungsmittelhilfe

Verpflichtungen	10 000 000
Zahlungen	5 000 000

Mit Stand 12. Juni 2012 betrug die Gesamtausführungsrate bei den Mitteln für Verpflichtungen der Haushaltslinie für humanitäre Hilfe (Kapitel 23 02) 93,7 %.

Diese hohe Ausführungsrate stimmt mit der operativen Strategie und der Haushaltsplanung der Kommission für 2012 überein, die dem Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments (DEVE) und der Arbeitsgruppe „Humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe“ (COHAFA) des Rates vorgestellt worden war. Auf der Grundlage ihrer Bedarfsbewertung legt die Kommission für anhaltende Krisen vorläufig die für das kommende Jahr einzusetzenden Haushaltsmittel für einzelne Länder fest. Gemäß den Leitlinien des Rates und des Europäischen Parlaments werden mindestens 15 % der Mittel aus der ursprünglichen operativen Haushaltslinie nicht zugewiesen, um veränderten Prioritäten und einem sich abzeichnenden neuen Bedarf entsprechen zu können.

Dementsprechend wurde der nicht zugewiesene Betrag der ursprünglichen operativen Reserve zunächst auf 152 Mio. EUR festgesetzt. Die Mittel für humanitäre Hilfe wurden zusätzlich um 65 Mio. EUR aus der Soforthilfereserve für Interventionen in der Sahelzone aufgestockt.

Der Betrag aus der operativen Reserve und die Aufstockung aus der Soforthilfereserve (175 Mio. EUR einschließlich 2,5 Mio. EUR an neu zugewiesenen Einnahmen) wurden für die folgenden neuen oder sich verschlimmernden Katastrophen verwendet:

- 90 Mio. EUR für die Nahrungsmittelkrise in der Sahelzone, davon 65 Mio. EUR aus der Soforthilfereserve;
- 20 Mio. EUR für die Krise in Syrien;
- 20 Mio. EUR für die Bewältigung der Folgen des Monsuns 2011 und des Konflikts in Pakistan;
- 45 Mio. EUR für andere Naturkatastrophen oder sich verschlimmernde Katastrophen, etwa in Jemen, Maßnahmen infolge der Flutereignisse in Südostasien 2011, Konflikt im Norden von Mali.

Derzeit beläuft sich der nicht zugewiesene Betrag der operativen Reserve, der für weitere Interventionen im Falle neuer oder sich verschlimmernder Katastrophen zur Verfügung steht, auf 44 Mio. EUR.

Die jetzt beantragte Aufstockung im Umfang von insgesamt 80 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen und 40 Mio. EUR an Mitteln für Zahlungen wird für humanitäre Hilfsleistungen in folgenden Krisen verwendet:

- Sudan/Südsudan: Die Krise hat sich seit Mitte April 2012 nach einer drastischen Verschärfung der Spannungen zwischen Sudan und Südsudan erheblich verschlimmert. Voraussichtlich werden weitere 40 Mio. EUR benötigt, um den wachsenden Anforderungen in den kommenden Monaten zu begegnen.
- Jemen: Die humanitäre Lage verschlechtert sich weiter aufgrund der zunehmenden Zahl an Binnenvertriebenen im Süden und akuter Unterernährung bei Kindern. Für zusätzliche Hilfsmaßnahmen aus den Haushaltslinien der Kommission für humanitäre Hilfe und Nahrungsmittelhilfe werden voraussichtlich 20 Mio. EUR benötigt.
- Syrien: Angesichts anhaltender Kämpfe und Gewalt wird sich die humanitäre Lage in Syrien in den kommenden Monaten zwangsläufig weiter verschlechtern. Auf der Grundlage einer Bedarfseinschätzung beantragt die Kommission auf diesem Wege die Übertragung von weiteren 20 Mio. EUR.

Das Ausmaß dieser Katastrophen sprengt den Rahmen der operativen Reserve, und es müssen in angemessenem Umfang Mittel für weitere Interventionen bei vielen kleineren Katastrophen und anderen unvorhergesehenen Krisen verfügbar bleiben, die im zweiten Halbjahr 2012 noch eintreten können.

Daher ist eine Aufstockung der Mittel für Verpflichtungen bei der Haushaltslinie für humanitäre Hilfe (23 02 01) um 70 Mio. EUR und bei der Haushaltslinie für Nahrungsmittelhilfe (23 02 02) um 10 Mio. EUR erforderlich.

Die beantragten Mittel für Zahlungen in Höhe von 40 Mio. EUR belaufen sich auf 50 % des für Mittel für Verpflichtungen beantragten Betrags, um etwaige Vorauszahlungen tätigen zu können. Der Restbetrag wird durch die bei den betroffenen Haushaltslinien derzeit verfügbaren Mittel für Zahlungen abgedeckt. Zu einem späteren Zeitpunkt in diesem Jahr werden möglicherweise weitere Mittel für Zahlungen beantragt.

Die Soforthilfereserve wurde bereits im Umfang von insgesamt 65 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen in Anspruch genommen, um auf die Nahrungsmittelkrise in der Sahelzone zu reagieren.

Nach Prüfung sämtlicher Möglichkeiten für die Umwidmung von Mitteln innerhalb der Rubrik 4 schlägt die Kommission vor, den vorstehend genannten Bedarf wie folgt zu decken:

- 60,976 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen und 29,7 Mio. EUR an Mitteln für Zahlungen aus Umschichtungen innerhalb der Rubrik 4.
- 19,024 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen und 10,3 Mio. EUR an Mitteln für Zahlungen aus der Soforthilfereserve.

Da die Situation in Syrien sehr wahrscheinlich weiter eskaliert und sich zu einem Bürgerkrieg auswächst, könnten Hunderttausende von Menschen innerhalb Syriens und in die Nachbarländer (Libanon, Jordanien, Palästina, türkisches Grenzgebiet) vertrieben werden. Hierfür könnten vor Ende des Jahres zusätzliche Mittel benötigt werden.

Eine genaue Beschreibung des Kontexts und der geplanten Mittelverwendung findet sich in den Anhängen 1, 2 und 3.

I. AUFSTOCKUNG

I.A

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

23 02 01 – Humanitäre Hilfe

b) Zahlenangaben (Stand: 18.6.2012)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprüngl. Ansatz + BH)	553 261 000	518 574 685
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0	0
2. Übertragungen	0	0
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	553 261 000	518 574 685
4. Inanspruchnahme dieser Mittel	544 328 264	230 591 577
5. Nicht verwendete/verfügbare Mittel (3-4)	8 932 736	287 983 108
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	78 932 736	322 983 108
7. Beantragte Aufstockung	70 000 000	35 000 000
8. Anteil der Aufstockung an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	12,65%	6,75%
9. Anteil der kumulierten Aufstockungen im Sinne von Artikel 23 Absatz 1 Buchstaben b und c der HO, berechnet gemäß Artikel 17a der DB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	449 190	188 817
2. Verfügbare Mittel am 18.6.2012	432 949	33
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	3,62%	99,98%

d) Begründung

Siehe Einleitung.

I.Ba) Bezeichnung der Haushaltslinie**23 02 02 – Nahrungsmittelhilfe**b) Zahlenangaben (Stand: 18.6.2012)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprüngl. Ansatz + BH)	251 580 000	230 602 367
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0	0
2. Übertragungen	25 000 000	0
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	276 580 000	230 602 367
4. Inanspruchnahme dieser Mittel	246 383 740	140 081 165
5. Nicht verwendete/verfügbare Mittel (3-4)	30 196 260	90 521 202
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	40 196 260	95 521 202
7. Beantragte Aufstockung	10 000 000	5 000 000
8. Anteil der Aufstockung an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	3,97%	2,17%
9. Anteil der kumulierten Aufstockungen im Sinne von Artikel 23 Absatz 1 Buchstaben b und c der HO, berechnet gemäß Artikel 17a der DB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	392 627	0
2. Verfügbare Mittel am 18.6.2012	389 098	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	0,90%	entfällt

d) Begründung

Siehe Einleitung.

II. ENTNAHME

II.A

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

01 03 02 – Makroökonomische Unterstützung

b) Zahlenangaben (Stand: 18.6.2012)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprüngl. Ansatz + BH)	95 550 000	79 050 000
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0	0
2. Übertragungen	0	0
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	95 550 000	79 050 000
4. Inanspruchnahme dieser Mittel	48 316	30 241 758
5. Nicht verwendete/verfügbare Mittel (3-4)	95 501 684	48 808 242
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	38 501 684	19 108 242
7. Beantragte Entnahme	57 000 000	29 700 000
8. Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	59,65%	37,57%
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne von Artikel 23 Absatz 1 Buchstaben b und c der HO, berechnet gemäß Artikel 17a der DB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0	0
2. Verfügbare Mittel am 18.6.2012	0	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt	entfällt

d) Begründung

Aufgrund der instabilen politischen Lage in Ägypten hat sich eine finanzielle Vereinbarung zwischen dem Land und dem Internationalen Währungsfonds zur Unterstützung des ägyptischen Wirtschaftsprogramms immer weiter verzögert. Da die Gewährung von Makro-Finanzhilfen der Europäischen Union an Ägypten eine solche Vereinbarung voraussetzt und für die Annahme des entsprechenden Kommissionsvorschlags durch den Rat und das Europäische Parlament im Wege des Mitentscheidungsverfahrens eine gewisse Zeit erfordert, ist die Kommission zu dem Schluss gelangt, dass die Bindung der vorgesehenen Finanzhilfe an Ägypten in Höhe von 50 Mio. EUR vor Ende dieses Jahres nicht mehr möglich ist. Dieser Aufschub ermöglicht es also, die 2013 geplanten Makro-Finanzhilfen entsprechen aufzustocken. Darüber hinaus können 7 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen verfügbar gemacht werden, die für keines der 2012 geplanten Programme zugewiesen worden sind.

Die Mittel für Zahlungen für die geplante Ägypten-Maßnahme belaufen sich 2012 auf 25 Mio. EUR. Da auch sie in diesem Jahr nicht verwendet werden können, können sie ebenfalls den Mitteln für Zahlungen im Rahmen von Makro-Finanzhilfen 2013 hinzugerechnet werden. Darüber hinaus können 4,7 Mio. EUR an Mitteln für Verpflichtungen verfügbar gemacht werden, die für keines der geplanten Programme zugewiesen worden sind.

Insgesamt stehen daher unter der Haushaltslinie 01 03 02 „Makroökonomische Unterstützung“ eingestellte Mittel für Verpflichtungen in Höhe von 57 Mio. EUR (50 Mio. EUR + 7 Mio. EUR) und Mittel für Zahlungen in Höhe von 29,7 Mio. EUR (25 Mio. EUR + 4,7 Mio. EUR) für die Übertragung auf die Haushaltslinien 23 02 01 „Humanitäre Hilfe“ und 23 02 02 „Nahrungsmittelhilfe“ zur Verfügung.

II.B

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

15 02 03 – Zusammenarbeit mit Drittländern auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung

b) Zahlenangaben (Stand: 18.6.2012)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprüngl. Ansatz + BH)	9 000 000	7 636 472
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0	0
2. Übertragungen	0	0
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	9 000 000	7 636 472
4. Inanspruchnahme dieser Mittel	118 000	2 176 775
5. Nicht verwendete/verfügbare Mittel (3-4)	8 882 000	5 459 697
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	4 906 000	5 459 697
7. Beantragte Entnahme	3 976 000	0
8. Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	44,18%	0,00%
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne von Artikel 23 Absatz 1 Buchstaben b und c der HO, berechnet gemäß Artikel 17a der DB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	66 565	66 565
2. Verfügbare Mittel am 18.6.2012	66 565	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	0,00%	100,00%

d) Begründung

Die bilateralen Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und Kanada auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung beruhen, soweit dies möglich ist, auf dem Grundsatz der bilateralen Finanzierung in gleicher Höhe. Da die USA und Kanada ihre Mittel im Gegensatz zur EU, die ihre Mittel im Rahmen einer mehrjährigen Finanzplanung zur Verfügung stellt, jährlich bereitstellen, führen Schwankungen bei diesen jährlichen Mittelzuweisungen zwangsläufig auch zu Schwankungen auf EU-Seite.

Seit 2011 haben die USA und Kanada ihre Mittelzuweisungen für die internationale Kooperation auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung wesentlich verringert und die Finanzierung von bilateralen Kooperationsprojekten im Rahmen bilateraler Abkommen eingestellt. Da vonseiten der beiden Partnerländer keine entsprechenden Mittel bereitgestellt werden, werden 2012 keine neuen Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen für die Verwendung von Mitteln aus dieser Haushaltslinie ergehen. Somit wird 2012 nur eine beschränkte Zahl von Maßnahmen finanziert, darunter das Schuman-Fulbright-Programm mit den USA und das EU-Canada Study Tour and Internship Programme.

Die nicht in Anspruch genommenen Mittel für Verpflichtungen bei dieser Haushaltslinie in Höhe von 3 976 000 EUR können daher für die Umschichtung freigegeben werden.

II.C

a) Bezeichnung der Haushaltslinie

40 02 42 – Soforthilfereserve

b) Zahlenangaben (Stand: 18.6.2012)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1A. Mittel des Haushaltsjahres (ursprüngl. Ansatz + BH)	258 937 000	90 000 000
1B. Mittel des Haushaltsjahres (EFTA)	0	0
2. Übertragungen	-65 000 000	0
3. Endgültige Mittel des Haushaltsjahres (1A+1B+2)	193 937 000	90 000 000
4. Inanspruchnahme dieser Mittel	0	0
5. Nicht verwendete/verfügbare Mittel (3-4)	193 937 000	90 000 000
6. Bedarf bis Ende des Haushaltsjahres	174 913 000	79 700 000
7. Beantragte Entnahme	19 024 000	10 300 000
8. Anteil der Entnahme an den Mitteln des Haushaltsjahres (7/1A)	7,35%	11,44%
9. Anteil der kumulierten Entnahmen im Sinne von Artikel 23 Absatz 1 Buchstaben b und c der HO, berechnet gemäß Artikel 17a der DB, an den endgültigen Mitteln des Haushaltsjahres	entfällt	entfällt

c) Einnahmen aus Einziehungen (aus dem Vorjahr übertragene Mittel) (C5)

	Verpflichtungen	Zahlungen
1. Verfügbare Mittel am Jahresanfang	0	0
2. Verfügbare Mittel am 18.6.2012	0	0
3. Ausführungsrate [(1-2)/1]	entfällt	entfällt

d) Begründung

Die Soforthilfereserve soll eine rasche Reaktion auf einen unvorhergesehenen spezifischen Unterstützungsbedarf in Drittländern ermöglichen, der bei der Aufstellung des Haushaltsplans nicht berücksichtigt werden konnte. Dabei geht es in erster Linie um humanitäre Maßnahmen, aber auch um Krisenmanagement und Schutzmaßnahmen, wenn dies aufgrund der Umstände erforderlich ist (Nummer 25 der am 17. Mai 2006 unterzeichneten interinstitutionellen Vereinbarung).

Es wird beantragt, die Mittel für Verpflichtungen um 19 Mio. EUR und die Mittel für Zahlungen um 10,3 Mio. EUR aufzustocken.

SUDAN/SOUTH SUDAN

Key financial information	
Previous year: total amount in 2011	EUR 140 million
Amount in the World Wide Decision 2012	EUR 87 million
Additional (already approved) credits from the Operational Reserve of which: Humanitarian Implementation Plan (revision) Emergency Decisions Additional credits from the Emergency Aid Reserve (EAR)	
Amount already contracted	EUR 56.65 million
Balance to be contracted	EUR 30.35 million (which should be contracted by end of June)
Of which already earmarked	EUR 30.35 million
Other EC funding (Development Cooperation, etc.)	EUR 330 million for South Sudan (2011-2013); EUR 151 million for Sudan (2011-2013)

Additional needs (as of 8 June 2012)	
Total needs	EUR 40 million
When are the credits needed	Now (June)
Breakdown by country (if applicable)	South Sudan: EUR 35 million Sudan: EUR 5 million
Financed from	Reprioritisation in External Actions and EAR

Why do we need additional funding? (what is new?)

The amount of Commission's World Wide Decision for 2012 for Sudan/South Sudan managed by DG ECHO was initially EUR 87 million. The working assumptions that were in place at the time of this initial allocation have been mostly overtaken by several events at the political and security levels which mount to:

- a) a dramatic escalation of tensions between Sudan and South Sudan, with open hostilities between the two countries, and
- b) an exacerbation of internal conflicts within each of the two states that are related to the overall Sudan-South Sudan tension.

The consequences on the humanitarian situation are dramatic in both countries. They are however most tangible in South Sudan where, despite logistic constraints, access is possible. The Commission has scaled up the immediate response in the border areas and to contribute (EUR 1 million) to an emergency intervention in response to the expulsion of 12 000 Southerners from Sudan.

This has so far been done through a "re-prioritisation" exercise within the allocation of EUR 87 million allowing response to the most urgent needs. So far, EUR 6 million have been "anticipated" in that manner. More funds can be "re-prioritised" in order to maximise the response in the early stages of the rainy season. However, given the logistic constraints and the delays to mobilise assistance, the continuation of operations after the rainy season must be planned from now and funds be available to face a crisis that is worsening.

Specifically, the crisis has significantly deteriorated since mid-April 2012 for the following reasons:

→ Escalation of tensions between Sudan and South Sudan with:

- failure to reach an oil deal (economic implications on both countries);
- failure to reach a deal on border demarcation and future of Abyei will maintain the 100 000 displaced in South Sudan. Progress on Abyei at the end of May 2012 could potentially lead to a return process, with the related humanitarian needs;
- failure to reach a deal on nationality and rights of respective citizens in the other country after the end of the "grace" period on 8 April 2012. Early May 2012, 12 000 Southerners stranded with their belongings in Kosti, White Nile were expelled and are currently being airlifted, at a great cost to the international community.
- escalation into open warfare between Sudan Armed Forces (SAF) and Sudan People's Liberation Army (SPLA) (Heglig, end March; SAF aerial attacks on South Sudan, March-April 2012): 20 000 new displaced within 2 weeks;
- War rhetoric on both sides and state of emergency declared in Sudan (direct impact on food security and nutritional status as border blocked to movement of people and goods).

→ Continued fighting in South Kordofan and Blue Nile and lack of progress in Darfur.

- Funding requirements for Darfur remain overall stable; however, given increase of needs elsewhere in Sudan/South Sudan, monitoring of funding by other sources will be needed to avoid major gaps.
- South Kordofan/Blue Nile: Recent fighting (since March 2012) has brought the number of internally displaced persons (IDPs) and affected populations to over 350 000. A main problem is the lack of access, but as the military offensive unfolds, partners need to be ready in case access is granted (within Government-controlled areas, or within rebel-held areas).
- Refugee numbers from Blue Nile in Ethiopia and from South Kordofan and Blue Nile in South Sudan have doubled (from 80 000 to 154 000) and conditions are worsening with newer arrivals presenting higher levels of malnutrition than before. Given the extent of conflict in South Kordofan, the refugees are not expected to return any time soon. Instead, their numbers are likely to continue to increase during the rainy season, making the response operation logistically more challenging, as numbers are now in excess of what could be prepared for.

→ Drastic deterioration of the humanitarian situation in South Sudan,

- Consequence of North-South tensions; return of Southerners; refugees from South Kordofan/Blue Nile; militia versus SPLA fighting (triggered by internal instability and destabilisation from Khartoum) and unresolved tribal fighting in Jonglei.
- Jonglei: over 60 000 (new) IDPs, situation still volatile and contributing to poor harvest, even if no more fighting takes place, impact on food security and nutritional status of the population is visible: pockets of serious levels of malnutrition being reported – this crisis will require donor attention and funding at least until the end of the year.
- Food situation worst than expected due to a combination of: poor harvest, closed border entailing higher costs, more refugees and returnees. The World Food Program estimates that this year 4.7 million people are food insecure in South Sudan, up from 3.8 million last year.

What for?

The requested additional funding will help address increased needs in terms of food, protection, water, sanitation and hygiene (WASH), shelter, medical supplies and nutritional items, for both countries (so-called "pipelines") and to reinforce the presence of partners providing basic services in key locations of South Sudan (reinforced presence in the five border states and in Jonglei; reaction capacity in the rest of the country). It would mostly be contracted in the form of cost-extensions to existing operations.

It is expected that most of the additional funding would be used in South Sudan. However, flexibility must be preserved to ensure reactivity to changing events on the ground so as allocate funds on the basis of both needs and access.

This request takes into account the access constraints in Sudan, and the capacity constraint in South Sudan. It is based on the latest developments on the ground and on the realistic trends for the next few months (escalation between North and South leading to population displacement; worsening of the situation in South Kordofan and Blue Nile leading to increasing numbers of refugees; deteriorating nutritional and food security situation, notably in South Sudan), and therefore does not cater for a massive expulsion of Southerners that would require a full-fledged air evacuation operation, nor a scenario of access opening up in Sudan (as this is unlikely unless there is a major political change). It does not foresee to respond to the food insecurity resulting from the decision of South Sudan to shut down oil production (by for instance working on urban populations) as this would constitute a bail out of the government of South Sudan's decision.

Other relevant information

South Sudan: access is possible. However, given the logistic constraints and the delays to mobilise assistance, the continuation of operations after the rainy season must be planned from now and funds be available to face a crisis that is worsening.

Sudan: humanitarian space and access are shrinking rapidly due to administrative impediments and security constraints, however due to budget constraints not all requests could be met within the initial available budget.

Neither Sudan nor South Sudan is eligible for the 10th European Development Fund (EDF) as the 10th EDF has not been ratified by Sudan. South Sudan has presented its candidature for the Cotonou Agreement and accession process is underway: if all goes well, South Sudan would become a member at the end of 2012, making it eligible to the 11th EDF.

Two special packages for a total of EUR 350 million were mobilised using 9th EDF unspent funds before 9 July 2011: the first one for conflict-affected areas of Sudan for an amount of EUR 150 million (out of which EUR 60 million for the North and EUR 90 million for Southern Sudan) and the second was for South Sudan totalling EUR 200 million. This is in addition to funding coming from thematic budget lines such as the Food Security Thematic programme and from the Stability Instrument. All in all, for South Sudan, the development aid package reaches EUR 300 million in two years. They target agriculture (EUR 122 million), primary health (EUR 61.5 million), education (EUR 41.5 million) and rule of law (EUR 45 million). The remaining amount is for human rights and non-state actions under thematic budget lines

The consequences of the situation in Sudan and South Sudan on development cooperation are mainly relevant to the EUR 200 million programme in South Sudan that is expected to start in 2013 (National Indicative Programme under approval). **The EU Delegation is coordinating with the Member states a risk assessment and contingency planning exercise to be ready in the event that funds would need to be shifted from support to public institutions to direct support to the population. This would mean, in practice, that they would be used for the same purposes and in a similar way to what was done by development funds since 2005.** This is complementary to humanitarian aid efforts.

Overview of existing and planned assistance

According to the United Nations Office for Coordination of Humanitarian Affairs, the total humanitarian requirements for the crisis in Sudan and South Sudan in 2012 as described in the major interagency and government appeals are USD 1 843 670 248 of which 45% has been funded, leaving a present gap of about USD 1 billion.

The joint humanitarian aid EU effort **as encoded in the Commission's database: Emergency and Disaster Response Information System (Edris)**, which covers Commission and Member States (MS), amounts to EUR 144 million and is detailed below. This amount is most probably higher as no data has yet been encoded by several MS such as the United Kingdom:

COMMISSTION AND EU MEMBER STATES CONTRIBUTIONS TO THE SUDAN AND SOUTH SUDAN IN 2012 12/06/2012	
<u>Donor</u>	<u>Contributions input in EDRIS¹</u>
Denmark	EUR 17 890 531
Commission	EUR 87 000 000
Estonia	EUR 50 000
Finland	EUR 8 540 000
France	EUR 3 500 000
Germany	EUR 9 019 060
Ireland	EUR 2 000 000
Italy	EUR 3 000 000
Luxembourg	EUR 511 695
Sweden	EUR 12 167 284
Total	EUR 143 678 570

¹ EDRIS – European Disaster Response Information System

YEMEN

Key financial information	
Previous year: total amount in 2011	EUR 25 million
Amount in the World Wide Decision 2012	EUR 15 million
Additional (already approved) credits from the Operational Reserve	EUR 5 million
of which:	
Humanitarian Implementation Plan (new)	EUR 5 million
Emergency Decisions	
Amount already contracted	EUR 8.856 million
Balance to be contracted	EUR 11.144 million (out of which EUR 9.644 million will be contracted by end of June)
Of which already earmarked	EUR 9.644 million
Other EC funding (Development Cooperation, etc.)	EUR 71 million (2011-2013)

Additional needs	
Total needs	EUR 20 million
When are the credits needed	Now
Financed from	Reprioritisation in External Actions and Emergency Aid Reserve (EAR)

Why do we need additional funding? (what is new?)

Following the deterioration of the humanitarian situation in Yemen at the beginning of 2012 (mainly food security and nutrition), an additional EUR 5 million was released from the operational reserve in April 2012. At that time, it was expected that in the mid (3 months) to longer term (6 months), the humanitarian needs would grow even more and the absorption capacity of Commission's partners should significantly increase. The results of the Comprehensive Food Security Survey (CFSS) published by the World Food Programme (WFP) on 30 May 2012 indicate that **over 5 million Yemeni (22% of the total population) are severely food insecure.**

Information provided by the United Nations (UN) Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) as of end of May points out that the deterioration of humanitarian situation continues with an increase in the number of internally displaced persons (IDPs) in the South. In addition, the acute malnutrition has reached more than 1 million children. For this reason, the budget of the Consolidated Appeals Process (CAP) 2012 (initially USD 447 million) has been increased by 17% to reach USD 525 million. So far, USD 213 million has been committed.

Consequently, this requires the mobilisation of additional funds for the Commission's Humanitarian aid budget in the amount of EUR 10 million and EUR 10 million for Food aid.

What for?

The additional funding will allow addressing the increased needs in terms of food assistance, nutrition and wash, 3 sectors whose requirements have significantly increased in the revised CAP.

Some partners such as WFP, the International Committee of the Red Cross (ICRC) and the Oxford Committee for Famine Relief (OXFAM) UK have already indicated the scaling-up of their operations and therefore their needs for additional financial support.

Other relevant information

Absorption/implementation capacity

Whereas the implementation capacity of agencies in the latter part of 2011 was drastically hampered by security constraints as well as registration problems for new International Non-government Organisations (INGOs) in Yemen, it appears that **the ability for agencies (INGOs, Red Cross/Red Crescent component and UN) to absorb and utilize funds have improved**. The registration of a more a dozen new agencies (e.g. Action Contre la Faim – France (ACF-F), Acted, Merlin, the Norwegian Refugee Council (NRC) in the past six months as well as the more operational support from UN Department for Safety and Security (UNDSS) to the UN agencies has opened up new possibilities and will allow a higher implementation rate by humanitarian agencies.

Specific concerns regarding the absorption capacity are related to the dependency of the larger UN agencies on implementing partners, i.e. INGOs. Even with the increase in number of INGOs, these are likely to be requested to implement for the large UN agencies, especially the newly registered INGOs which may not be aware of the context including security.

Security/access

Security remains an area of concern. The supervision of, control over the armed forces and maintaining law and order remains problematic. The tribal divisions have become more apparent countrywide. The conflict in the North has flared up again, making access to certain areas problematic. In the south the secessionist movement remains active with regular protests, while fighting between the Jihadist Ansar Al Sharia and the governmental forces – supported by the United States of America – in Abyan governorate has intensified, making access to areas under siege, inaccessible.

WFP operations/strategy

WFP is one of the few key actors with the capacity to react in a meaningful way to the crisis by scaling up both food assistance and interventions tackling malnutrition in most affected governorates. However, the WFP's current two programmes (Emergency Operations (EMOP) and Protracted Relief and Recovery Operation (PRRO) to be merged in 2013) are implemented based on different targeting criteria and nutrition strategies. The Commission is currently in negotiations with the WFP to address these issues (e.g. 1. extension of WFP Emergency Operation to cover non-conflict related cases; 2. delivery of the necessary food and nutrition support to the most vulnerable population in the governorates identified by WFP as highly food insecure with high levels of malnutrition as soon as possible, in order to cover the hunger season from May to October; 3. Coordination with donors).

Since negotiations will take time, the Commission is not planning to offer a financial contribution to WFP at this stage, but could consider it at a later stage.

Overview of existing and planned assistance

The joint humanitarian aid EU effort as encoded in the Commission's database: **Emergency and Disaster Response Information System (Edris)**, which covers Commission and Member States, amounts to EUR 34 million and is detailed below:

COMMISSION AND EU MEMBER STATES CONTRIBUTIONS TO THE YEMEN 2012 12/06/2012	
<u>Donor</u>	<u>Contributions input in EDRIS²</u>
Commission	EUR 20 000 000
Finland	EUR 3 300 000
Germany	EUR 2 677 700
Netherlands	EUR 1 500 000
Sweden	EUR 911 958
United Kingdom	EUR 5 503 709
Total	EUR 33 893 367

² EDRIS – European Disaster Response Information System

SYRIA

Key financial information	
Previous year: total amount in 2011	EUR 0
Amount in the World Wide Decision (WWD) 2012	EUR 0
Additional (already approved) credits from the Operational Reserve of which:	EUR 20 million
Humanitarian Implementation Plan (new)	EUR 10 million
Emergency Decisions	EUR 10 million
Amount already contracted	EUR 8 million
Balance to be contracted	EUR 12 million a) EUR 2 million under the emergency decision: draft contract to be launched week of 11 June b) EUR 10 million: draft HIP to be launched week of 11 June
Of which already earmarked	EUR 6 million
Other EC funding (Development Cooperation, etc.)	EUR 23 million Special measure for Syria and Syrian refugees
Other donors	Syria and Syrian refugees in neighbouring countries: USD 80 million in 2012 (source United Nations Office for Coordination of Humanitarian Affairs: Central Emergency Response Fund, United States, Commission, Denmark, Australia)

Additional needs	
Total needs	EUR 20 million
When are the credits needed	In the course of the summer
Breakdown by country (if applicable)	
Financed from	Reprioritisation in External Actions and Emergency Aid Reserve (EAR).

Why do we need additional funding? (what is new?)

According to the Commission's contingency planning, the humanitarian scenario in Syria will continue deteriorating in the coming months. The evolution that could be foreseen includes:

- **Wide-spread guerrilla and inter-religious warfare progressively evolving towards a full-fledged civil war**, using methods of asymmetric warfare (car bombings, suicide attacks) in the main urban centres.
- The continuous fighting would continue imposing **long lasting displacement for hundreds of thousands of people** and relocation of the population along sectarian lines. Resources of the host population and livelihood, already seriously compromised, will soon be exhausted, both in Syria (especially in the north, also affected by drought) and neighbouring countries.

- The armed opposition, reinforced by increased international support (political, financial, weapons), will endure in opposing a regime left with no exit strategy.
- **The Syria crisis will increasingly affect neighbouring countries** and act as a destabilizing factor in both Lebanon and Jordan. Sectarian violence is developing rapidly in Lebanon while, in Jordan, Palestinian refugees coming from Syria are finding it more difficult to get back to a normal life. Tension is likely to remain high at the Syrian-Turkish border. The continuous influx of Syrians is increasing the burden on host communities and is expected to fuel sectarian tensions. The risk is high for Palestinians in Jordan and between Sunni and Alawites in Lebanon.
- Increased portions of territory will be under temporary or permanent control of the opposition, particularly in the North of the country. Humanitarian access to rebel-controlled areas will require building up acceptance.

In conclusion, an operational humanitarian response should be set up in the next six months to adequately respond to the substantial envisaged needs. By then, winter will be approaching and a massive amount of people will have exhausted their resources, especially host communities. Furthermore, the conflict will most likely turn into a civil war, further affecting local infrastructures and services (in particular the Syrian health system) and generating even more complex needs.

What for?

The additional funding will allow addressing the increased needs, inter alia, in terms of food, protection, water, sanitation and hygiene, shelter, medical supplies, psychosocial support and nutritional items for Syria and Syrian refugees in neighbouring countries. It will also allow enlarging the humanitarian footprint and presence of implementing partners.

Priorities will include:

- Reinforce operational capacities of implementing organisations in Syria (International Committee of the Red Cross (ICRC)/Syrian Arab Red Crescent (SARC) mainly) to provide emergency relief and adapt the nature of the aid to address recurrent needs of the displaced population (left with no resources and no income-generating activity, with no prospect for a positive evolution in the mid-term).
- Encourage capacity building of the SARC at head-quarters and branch levels.
- Strengthen needs assessment mechanisms and inter agency coordination and information sharing.
- Advocate with SARC and all possible channels for a strengthened presence of international humanitarian workers on the ground, to provide technical support to SARC and local actors and ensure impartial delivery of aid.
- Request that the United Nation (UN) agencies are properly staffed and managed, led by senior emergency specialists able to deal with the context complexity.
- Consider reinforcing livelihood and building resilience of destitute herders and farmers, indirectly but severely affected by the crisis.
- Build up response capacities outside Syria, in order to avoid further population displacements and support Syrian refugees in neighbouring countries.

Other relevant information

Access:

The recent acceptance by the Government of Syria of a comprehensive humanitarian response plan proposed by the UN (to up-scale humanitarian aid for at least one million people; to open local UN offices in four regions; to use International Non-Governmental Organisations (INGOs) in the delivery of humanitarian assistance; to reduce bureaucratic/administrative obstacles) should normally lead to concrete improvements on the ground, in particular increased access for UN and INGO humanitarian workers.

Other EC funding:

Under the European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI), the Commission approved on 7 June 2012 a Special Measure in favour of Syria and Syrian refugees for a total amount of EUR 23 million as follows: in Lebanon (EUR 5 million) the Special Measure will allow alleviating the medium and longer term needs of both the local population and Syrian refugees through educational support and capacity building of local institutions; in Jordan educational support (EUR 5.4 million) for displaced Syrian children and host communities is foreseen. Likewise, medium-term actions in Syria (EUR 12.6 million) will be complementary to the Commission's humanitarian aid immediate response.

All actions in this Special Measure will be implemented in close co-operation with the on-going European Union (EU) humanitarian aid, linking relief, rehabilitation and development from the very start.

Timeline for the use of the additional funding

Additional funding is needed as:

- The needs are huge and access is improving. If access becomes real for the Red Cross components, UN agencies and INGOs, the Commission's partners will be in immediate needs of increased funding.
- Most of the sectors are affected: medical (emergency health, primary health care), psychosocial support, food, non-food (including winterisation), shelter, rent assistance and possibly water and sanitation;
- International and national actors are now building up their capacities. ICRC would need EUR 8 additional million for 12 months as from 1 July 2012. The United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) will publish a revised appeal for its Regional Refugee Plan (currently USD 84 million) by the end of June. The World Food Program (WFP) intends to increase its caseload to up to 850 000 beneficiaries if the authorities give their green light. The International Federation of the Red Cross and Red Crescent Societies (IFRC) is currently working on a Syrian Arab Red Crescent's capacity building agreement to be enforced as from 1 July.
- Some actors confronted to increased difficulties (e.g. the United Nations Relief and Works Agency responding to the needs of 500 000 Palestinian refugees, which are potential victims/targets of the growing sectarian tensions) would need support in the coming weeks or months.

Under these circumstances, it is reasonable to forecast minimum and urgent additional needs of up to **EUR 20 million** for the increased humanitarian needs and the compounding effect from the onset of the winter season. The uptake of the funds will be in the summer and early autumn.

Overview of existing and planned assistance

The joint humanitarian aid EU effort as encoded in the Commission's database: **Emergency and Disaster Response Information System (Edris)**, which covers Commission and Member States, amounts to EUR 34 million and is detailed below:

COMMISSION AND EU MEMBER STATES CONTRIBUTIONS TO THE SYRIA AND SYRIAN REFUGEES CRISIS IN 2012 12/06/2012	
<u>Donor</u>	<u>Contributions input in EDRIS³</u>
Austria	EUR 250 000
Belgium	EUR 2 000 000
Czech Republic	EUR 118 728
Denmark	EUR 2 831 119
Commission	EUR 20 000 000
Estonia	EUR 50 000
Finland	EUR 1 300 000
France	EUR 2 658 000
Germany	EUR 3 774 214
Greece	EUR 50 000
Hungary	EUR 46 756
Ireland	EUR 400 000
Luxembourg	EUR 500 000
Netherlands	EUR 2 000 000
Poland	EUR 352 568
Spain	EUR 405 852
Sweden	EUR 3 532 951
United Kingdom	EUR 2 392 917
Total	EUR 42 663 105

³ EDRIS – European Disaster Response Information System